

# Sardinienkomploit

Der Bürgermeister, seine Frau und 13 Leute mehr: In Blumau-Neurißhof steht der Ortschef im Verdacht, bei Wahlen mit Nebenwohnsitzen zu tricksen.

VON EDITH MEINHART

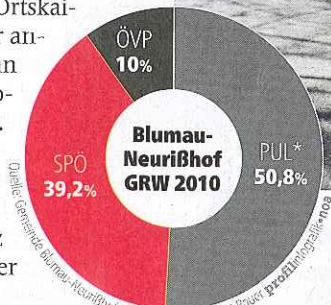
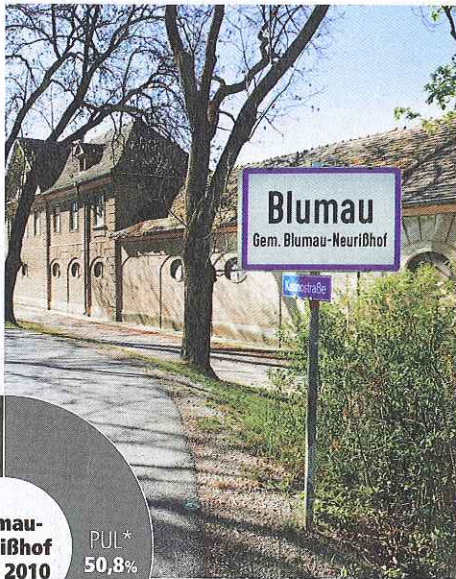
**G**ernot Pauer mimte den Rebellen, zog gegen Machtmissbrauch und Politikverdrossenheit zu Feld und versprach, es besser zu machen. So schaffte er mit seiner Namensliste auf Anhieb vier Mandate im Gemeinderat von Blumau-Neurißhof. Das war vor mehr als 20 Jahren. Seit dem Jahr 2000 ist er der Bürgermeister der 1800-Einwohner-Ortschaft in der Nähe von Baden.

Ein Politiker „zum Anfassen“ wollte er sein, kein abgehobener Ortskaiser. Nun wird Pauer härter angefasst, als ihm lieb ist: Man treibe „ein abgekartetes politisches Spiel“, schimpft er. Ungeheuerlich sei es, auf ihn, einen untadeligen Bürgermeister, loszugehen „statt auf Rot und Schwarz zu schauen, dorthin, wo der Sumpf wirklich ist“.

Pauers Zorn entzündet sich an Melderegisterauszügen, die profil zugespielt wurden. Ihnen zufolge müssten in seiner Wohnung die Betten geschlichtet sein wie Sardinen in der Dose. Insgesamt 15 Personen sind hier gemeldet: er, seine Gattin und 13 Nebenwohnsitzer.

Die ehemalige Salvator-Kaserne wurde zu einer adretten Wohnanlage herausgeputzt. Zwischen zwei gelb gestrichenen Wohnblöcken liegt eine lauschige Grünanlage, der man nicht mehr ansieht, dass hier einst Soldaten exerzierten. Auf Top 8 bewohnt Pauer laut eigenem Bekunden etwas über 80 Quadratmeter. Vor einigen Jahren kam ein knapp 30 Quadratmeter großer Raum als „Abstellkammer!“ dazu (Top 10).

Er ist nicht der erste Lokalpolitiker in Niederösterreich, der im Verdacht steht, zum Zweck der Stimmenmaximierung Leute von auswärts einquartiert zu haben. Niederösterreich ist – neben dem Burgenland – das einzige Bundesland, in dem Zweitwohnsitzer bei Gemeinderats-



ORTSEINFAHRT BLUMAU  
Leute von auswärts zum Zweck der Wählermaximierung einquartiert?

## Die Stimmen der anderen

Nur in Niederösterreich und im Burgenland dürfen auch Zweitwohnsitzer wählen. Das verleitet bei den niederösterreichischen Gemeinderats- und Landtagswahlen 2010 zu Schwindelen. profil berichtete über polnische Erntehelfer in den Wahllokalen, ÖVP-Bürgermeister, die in verschiedenen Orten dreimal hintereinander ihr Kreuzerl machten, und schwarze Parteigänger, die ihre weitschichtige Verwandtschaft bei sich untergebracht hatten. Ihre Namen fanden sich dann auch in den Wählerverzeichnissen wieder. Als vor zwei Monaten im Mostviertler Bezirksstädtchen Waidhofen an der Ybbs der Gemeinderat neu gewählt wurde, wiederholte sich das Polittheater um die Nebenwohnsitze (profil vom 5. März 2012). Die Landes-SPÖ will das Wahlrecht für Nebenwohnsitzer nicht gleich abschaffen, aber ernsthaft über eine Reform reden. Klubchef Günther Leichtfried arbeitet derzeit daran, seine Kollegen von ÖVP, Grünen und FPÖ an Bord zu holen: „Der Missbrauch muss abgestellt werden, und zwar im Sinne aller. Da geht es nicht um Parteipolitik.“

und Landtagswahlen mitstimmen dürfen. Das verleitet zu Tricksereien (siehe Kasten).

Dass ein Bürgermeister persönlich als Unterkunftgeber aufscheint, hat allerdings Seltenheitswert. Pauer sagt, er habe lediglich seine Schwester, seinen Schwager und seinen Neffen angemeldet: „Das ist Verwandtschaft. Dazu stehe ich.“ Die restlichen zehn Personen will er nicht kennen: „Ich wohne in einem Haus mit 24 Wohnungen. Da sind schon viele ein- und ausgezogen. Die Angaben im Melderegister sind falsch.“

Berndt und Christine Z., Melanie K., Klaudia K., Susanne K., die fünfköpfige Familie S. – alles Karteileichen?

Um ein Mandat im Gemeinderat von Blumau-Neurißhof zu verschieben, braucht es wenig mehr als 50 Stimmen. Seit der Wahl 2010 hält die Parteiunabhängige Liste Gernot Pauer, kurz PUL, zehn Mandate im Gemeinderat. Den Rest teilen sich SPÖ (7) und ÖVP (2). Ein Gemeindemitglied, das nicht genannt werden will, erzählt, man habe sich bereits vor zwei Jahren über Pauers Nebenwohnsitzmeldungen echauffiert, sei aber gegen Wände gerannt.

Pauer kontert, man habe zwei Namen aus dem Wählerverzeichnis gestrichen. Die restlichen wollen ihm nicht aufgefallen sein: „Für das Meldeamt ist eine Referentin zuständig, die der SPÖ nahesteht. Ich habe damit nichts zu tun. Es interessiert mich auch nicht.“

Das Wahlrecht müsse reformiert werden. „Zweitwohnsitzer sollten nicht wählen dürfen. Ich brauche ihre Stimmen gar nicht“, so Pauer. Missbrauchsgefahr wittert auch er, freilich in den Reihen der anderen. Ein SPÖ-Funktionär habe vor der Wahl 2010 „15 oder 17 Leute bei sich angemeldet, noch dazu in einem Reihenhäuser. Da ist offensichtlich, was gespielt wird“, sagt er. Bis auf die Schwiegereltern des Roten seien alle aus dem Wählerverzeichnis gestrichen worden. Untermauern könne er dies – noch – nicht: „Ich warte auf das Okay des Landes.“ Dem Unbekannten, der die Melderegisterdaten hinausgespielt hat, droht er indes mit Klage: „Der Amtsmissbrauch darf nicht im Raum stehen bleiben.“

Ob die angeblichen Karteileichen am Wohnsitz des Bürgermeisters in der Kasernenstraße 1 beim Urnengang 2010 ihre Stimme abgegeben haben, ist laut Pauer nicht zu beantworten: „Datenschutz. Amtsgeheimnis.“